

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 08.11.2025)

Titel: Beschluss zur Lage in Palästina

Antragstext

1 Wir verurteilen den Terroranschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 aufs
2 Schärfste. Die Hamas ist eine Terrororganisation, die nicht für die Interessen
3 der Bevölkerung des Gaza-Streifens spricht und aufgelöst werden sollte.

4 Wir erkennen Israels Recht auf Selbstverteidigung an, sehen aber auch, dass die
5 Grenzen dieses Rechts schon lange überschritten wurden.

6 Israels militärische Manöver gegen Krankenhäuser und andere zivile Einrichtungen
7 sind gezielte Schläge gegen die Zivilbevölkerung und inakzeptabel.

8 Israel begeht damit einen Genozid an der palästinensischen Bevölkerung des Gaza-
9 Streifens, was von Expertinnen und Experten sowie Organisationen wie Amnesty
10 International, der International Association of Genocide Scholars (IAGS) und
11 B'Tselem bestätigt wurde.

12 Der aktuelle Waffenstillstand sollte als Grundlage für ernsthafte
13 Friedensverhandlungen genutzt werden. Die humanitäre Krise muss bewältigt
14 werden, wofür sich auch Deutschland einsetzen sollte.

15 Wir fordern einen sofortigen und absoluten Stopp der Lieferung von deutschen
16 Waffen an Israel.

17 Deutschland sollte Palästina als Staat anerkennen. Langfristig fordern wir die
18 Bundesregierung dazu auf, sich für eine Zwei-Staaten-Lösung einzusetzen, die
19 dauerhaften Frieden garantieren kann. Denn als zweitgrößter Waffenexporteur des

20 Staates Israel kann nicht ausgeschlossen werden, dass Deutschlands Waffenexporte
21 in aktiven Kriegsgebieten und gegen die zivile Bevölkerung genutzt werden. Somit
22 hätte Deutschland auch ein Druckmittel, um die israelische Regierung unter Druck
23 zu setzen, ernsthafte Bemühungen in Richtung Zwei-Staaten-Lösung und friedliche
24 Koexistenz zu schaffen. Den illegalen Siedlungen muss ein Ende gesetzt werden,
25 die derzeit durch Entscheidungen der Knesset weiter ausgeweitet werden.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 13.11.2025)

Titel: **Stellungnahme zur Haushaltssperre in Köln**

Antragstext

1 Stellungnahme zu Haushaltssperre in Köln

2 Seit Anfang November 2025 befindet sich die Stadt Köln in einer Haushaltssperre.
3 Ab sofort dürfen nur noch
4 Ausgaben getätigt werden, die rechtlich verpflichtend oder unbedingt notwendig
5 sind. Die Haushaltssperre gilt bis
6 zum 31.12.2025 mit Option auf Verlängerung.

7 Jugendorganisationen in Gefahr

9 Auch wir wären von einer Verlängerung dieser Haushaltssperrung betroffen. Wir
10 sind auf Mittel der Stadt
11 angewiesen, um unsere Bildungsarbeit zu finanzieren. Kinder, Jugendliche und
12 sozial benachteiligte Menschen
13 sollten nicht als schwächste Mitglieder*innen dieser Stadt unter Löchern im
14 Stadthaushalt leiden müssen!

15 16 Nicht schon wieder Soziales vor den Zug 17 schubsen!

18 Soziale Ausgaben sind unerlässliche Ausgaben! Wir fordern, dass trotz der

19 Haushaltssperre sichergestellt wird,
20 dass grundlegende Bedürfnisse der Menschen in Köln abgedeckt werden, soziale
21 Initiativen Klarheit über ihre
22 finanzielle Situation kriegen und Perspektiven für diese geschaffen werden.

23

24 **Ist es so schwer Kommunen auszufinanzieren?!**

25 Es werden immer mehr Aufgaben von Bund und Ländern auf die Kommunen abgewälzt –
26 ohne,
27 dass die adäquate Finanzierung folgt. Wir fordern: Kommunen endlich stärker
28 finanzieren, so dass wichtige
29 Strukturen, wie Jugend-, Kultur- und der Sozialbereich nicht kaputt gekürzt
30 werden.

Begründung

erfolgt mündlich

PDF

Stellungnahme zur Haushaltssperre in Köln

Seit Anfang November 2025 befindet sich die Stadt Köln in einer Haushaltssperre. Ab sofort dürfen nur noch Ausgaben getätigt werden, die rechtlich verpflichtend oder unbedingt notwendig sind. Die Haushaltssperre gilt bis zum 31.12.2025 mit Option auf Verlängerung.

Jugendorganisationen in Gefahr

Neben unzähligen anderen Jugendverbänden, sind auch wir von dieser Haushaltssperre betroffen. Wir sind auf Mittel der Stadt angewiesen, um unsere Bildungsarbeit zu finanzieren. Kinder, Jugendliche und sozial benachteiligte Menschen sollten nicht als schwächste Mitglieder*innen dieser Stadt unter Löchern im Stadthaushalt leiden müssen!

Nicht schon wieder Soziales vor den Zug schubsen!

Soziale Ausgaben sind unerlässliche Ausgaben! Wir fordern, dass trotz der Haushaltssperre sichergestellt wird, dass grundlegende Bedürfnisse der Menschen in Köln abgedeckt werden, soziale Initiativen Klarheit über ihre finanzielle Situation kriegen und Perspektiven für diese geschaffen werden.

Ist es so schwer Kommunen auszufinanzieren?!

Es werden immer mehr Aufgaben von Bund und Ländern auf die Kommunen abgewälzt – ohne, dass die adäquate Finanzierung folgt. Wir fordern: Kommunen endlich stärker finanzieren, sodass wichtige Strukturen wie Jugend-, Kultur- und der Sozialbereich nicht kaputt gekürzt werden.